



Deutscher Verband für Wohnungswesen,
Städtebau und Raumordnung e.V.

EU-Förderung: Plädoyer für einfachere Regeln

Deutscher Verband Die EU-Strukturpolitik darf den Bürger nicht verlieren: Die Förderung der nachhaltigen Stadtentwicklung leistet dazu einen wertvollen Beitrag.

www.deutscher-verband.org

Die Förderung von Projekten der nachhaltigen Stadtentwicklung hat innerhalb der EU-Strukturfonds einen hohen Stellenwert. Allein in Deutschland werden aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) bis 2020 1,5 Milliarden Euro eingesetzt. Diese Mittel bieten eine wertvolle Ergänzung zu den Förderprogrammen von Bund und Ländern. Durch lokale Projekte im Bereich Bildung, soziale Infrastrukturen, Mobilität, lokale Ökonomie oder Aufwertung von Gebäuden und öffentlichem Raum wird die EU-Förderung für die Bürger sichtbarer als durch manch andere abstrakte und teils negativ bewertete EU-Politiken.

Obwohl die Bundesländer und Kommunen noch mitten in der Umsetzung der laufenden Förderperiode stecken, muss man sich bereits jetzt intensiv mit der Zukunft der EU-Förderung nach 2020 auseinandersetzen. Die neuen Verordnungsvorschläge sind für 2018 geplant. Angesichts der zunehmenden Europa-Skepsis melden sich im Vorfeld der Debatte vermehrt kritische Stimmen zu Wort, die den Mehrwert einer integrierten Stadtentwicklungsförderung vor allem für besser entwickelte Regionen infrage stellen.

VIELE WICHTIGE IMPULSE Doch die EU-Strukturförderung ist mehr als eine Ausgleichspolitik. Sie setzte in der Vergangenheit immer wieder wichtige Impulse für neue Ansätze in der integrierten Quartiersentwicklung oder jüngst im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit im Rahmen stadtreionaler Entwicklungskonzepte. Durch verschiedenste normative und regulative europäische Zielvorgaben beeinflusst die EU zudem indirekt die städtische und regionale Entwicklung, weshalb Städte und Regionen zur Umsetzung der EU-Normen flächendeckend Unterstützung benötigen. Die Kommunen in Deutschland stehen vor einem erheblichen Druck, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Weiterhin gilt es, sich neuen Herausforderungen wie der fortschreitenden Digitalisierung aller Lebensbereiche oder der zunehmenden Migration zu stellen. Die EU-Strukturpolitik bleibt daher auch für kleine und mittelgroße Städte in ländlicheren und strukturschwachen Regionen unverzichtbar.

Allerdings bilden hohe Verwaltungs- und Kontrollvorschriften eine große Gefahr für die Akzeptanz der EU-Förderung in den Bundesländern und Kommunen. Um die Effizienz der Förderpolitik auch in Zukunft gewährleisten zu können, bedarf es deshalb einer starken administrativen Vereinfachung und inhaltlicher Flexibilität des Regelwerkes – sowohl seitens der EU als auch in der Auslegung durch Behörden.

Die Förderung integrierter Stadtentwicklungsprojekte wurde in der Vergangenheit durch zu enge Zielvorgaben, erhöhte Prüf- und Kontrollverfahren sowie unklare Rechtsauslegung erschwert. Hinzu kommt eine politische Tendenz seitens des Kommissionspräsidenten Juncker, zunehmend auf sektoral ausgerichtete Förderpolitiken zu setzen.

BEZUG ZUM BÜRGER Die EU-Förderpolitik darf jedoch den Bezug zu den Bürgern nicht verlieren, indem sie einseitig auf eine „Elitenförderung“ ausgerichtet wird. Die Bürger identifizieren sich gerade mit solchen Vorhaben der integrierten Stadtentwicklung, in denen unterschiedliche bauliche und soziale Maßnahmen kombiniert werden. Diese EU-Projekte müssen daher auch in Zukunft fester Bestandteil des Förderkanons bleiben. Der Deutsche Verband hat dies in seiner Arbeitsgruppe Europa erörtert und zudem durch sein Deutsch-Österreichisches Urban-Netzwerk ein fundiertes Positionspapier erarbeitet. «



Jonas Scholze, Leiter Büro Brüssel,
Deutscher Verband

Jonas Scholze